



TAGESTIPP

Wenn abnehmen, dann easylife

easylife
leichter durchs Leben

easyLife-Teilnehmer:
Rita Reinelt
aus
Adelebsen

41
Kilo
in nur
6 Monaten
abgenommen

Kostenfreie Körperanalyse:
0551 38 48 59 96
www.easylife-goettingen.de

Mitentscheider, Vermittler oder Komparsen?

Infoveranstaltung
zu EU-Parteien

Göttingen. Für die 2019 anstehenden Europawahlen bietet der Göttinger Kreisverband der überparteilichen Europa-Union Deutschlands eine Infoveranstaltung im Alten Rathaus an. Als Experte und Redner ist der Kölner Parteienforscher Jürgen Mittag dabei.

Die Europawahlen bekommen in den einzelnen europäischen Mitgliedsländern im Vergleich zu nationalen Abstimmungen weit weniger Aufmerksamkeit. In Deutschland beteiligen sich an den Wahlen für das europäische Parlament bereits seit 1999 weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten. Dabei betreffen die im EU-Parlament getroffenen Entscheidungen alle Europäer: Beispielhaft ist die Abschaffung der Roaming-Gebühren im europäischen Ausland.

Die Veranstaltung der Europa-Union in Göttingen soll Interessierten die Arbeit der einzelnen Parteibündnisse auf europäischer Ebene näherbringen. Zu den Forschungsfeldern des Politikwissenschaftlers Mittag gehören die Themen der europäischen Integration sowie Parteien und soziale Bewegungen. Thema der öffentlichen Veranstaltung ist „SPE, EVP und Co.: Mitentscheider, Vermittler oder Komparsen? Macht und Einfluss der europäischen Parteienfamilien in der EU“. Der Göttinger Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler wird ein Grußwort sprechen. Nach dem Vortrag und den Gesprächen bietet die Europa-Union im Bullerjahn einen Empfang an. Die Infoveranstaltung beginnt am Donnerstag, 1. Februar, um 19 Uhr in der historischen Halle des alten Rathauses, Markt 9, in Göttingen. *emb*

Jürgen Mittag

STADTGESPRÄCH



Teilnehmer der Gesprächsrunde im Alten Rathaus: (v. l.) Arne Bischoff und Anna Domdey vom Göttinger Bündnis zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, Kenan Emimi, Mitglied im Roma-Center Göttingen, Dietmar Sedlaczek, Leiter der KZ-Gedenkstätte Moringen, und Bürgerrechtlerin Ilona Lagrene. *FOTO: HELLER*

Gelebte Verantwortung für demokratische Werte

Völkermord an Sinti und Roma ist Thema bei Veranstaltung des Bündnisses zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Alten Rathaus

Von Axel Artmann

Göttingen. 500.000 Sinti und Roma sind nach Schätzungen im nationalsozialistisch besetzten Europa dem Holocaust zum Opfer gefallen, darunter auch Häftlinge aus dem Jugend-Konzentrationslager Moringen. An diesen Völkermord und die Situation der Minderheit bis in die Gegenwart erinnerten Redner im Alten Rathaus. Organisiert vom Bündnis zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus schilderten sie am Sonnabend, dem Holocaust-Gedenktag, vor rund 100 Interessierten ihre Erkenntnisse, Erfahrungen und Meinungen.

Sinti und Roma seien bereits lange vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten diskriminiert worden, sagte der Leiter der KZ-Gedenkstätte Moringen, Dietmar Sedlaczek. Seit der Reichsgründung 1871 habe es Erlasse zur „Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ gegeben, die eine „Einweisung von Kindern und Jugendlichen in eine Fürsorgeeinrichtung“ vorsahen. „Diese Erlasse behielten in der Zeit des Nationalsozialismus ihre Gültigkeit“, berichtete Sedlaczek. Sinti und Roma galten als „asoziale Rasse“. Behörden hätten versucht, eine

Einweisung von „Zigeunerkindern“ in Heime zu verhindern, da deren „Erziehbarkeit“ bezweifelt wurde.

21 Sinti von Moringen nach Auschwitz deportiert

Das Jugend-KZ in Moringen sei von den Nazis im August 1940 als erstes „polizeiliches Jugenderschutzlager“ eingerichtet worden. „Im September 1940 kamen die ersten drei Sinti in das Jugend-KZ Moringen, 1941 folgten weitere drei und 1942 zwölf Einlieferungen“, erklärte der Referent. 1943 seien 21 Sinti aus dem Jugend-KZ nach Auschwitz deportiert worden. Im August 1944 sei das dortige „Zigeunerfamilienlager“ liquidiert und die Konzentrationslager Buchenwald, Flossenbürg und Ravensbrück überstellt, darunter auch zehn Sinti aus Moringen“, erläuterte Sedlaczek. Von den in Auschwitz verbliebenen Häftlingen aus Moringen habe nur einer überlebt.

„Es gibt unter uns kaum eine Familie, die mit dem Namen Auschwitz nicht den Verlust von Angehörigen verbindet“, sagte Ilona Lagre-

ne, Bürgerrechtlerin und Gründungsmitglied des baden-württembergischen Landesverbandes deutscher Sinti und Roma. Mit dem „Auschwitz-Erlass“ seien die Deportation aller im Reich verbliebenen Sinti und Roma ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau „in geschlossenen Familien“ verfügt und als Folge über 23.000 Sinti und Roma in das „Zigeunerlager“ transportiert und ermordet worden.

Lagrene erinnerte daran, dass der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma erst 1982 von Bundeskanzler Helmut Schmidt völkerrechtlich anerkannt worden sei. „Ziel unserer heutigen Aufklärungsarbeit kann gewiss nicht sein, den Enkeln und Urenkeln der Generation, aus der die NS-Täter stammen, irgendeine Form von historischer Schuld anzulasten“, erklärte der Gast. Es gehe „um Wahrhaftigkeit und um gelebte Verantwortung für unsere demokratischen Werte“.

Plädoyer gegen Diskriminierung von Minderheiten

Historisches Erinnern sei ein Beitrag für die heutige Zivilgesellschaft, „in der Diskriminierung von Minderheiten oder die Ausgrenzung An-

„
Es gibt unter uns kaum eine Familie, die mit dem Namen Auschwitz nicht den Verlust von Angehörigen verbindet.“

Ilona Lagrene,
Gründungsmitglied des baden-württembergischen Landesverbandes deutscher Sinti und Roma

dersdenkender keinen Platz mehr haben dürften“, betonte Lagrene. Europa erlebe eine Wiederkehr von Nationalismus, Populismus und antidemokratischen Bewegungen. In einer Zeit, in der Sinti und Roma, Juden und andere Minderheiten in vielen Ländern „rassistischer Hetze und Gewalt ausgesetzt sind, müssen die Demokraten zusammenstehen“.

Die politischen Entwicklungen in vielen europäischen Ländern seien ein „Déjà-vu“, meinte Kenan Emimi, Mitglied im Roma-Center Göttingen. „Geschichte ist vorbei, aber irgendwie wiederholt sich wieder etwas“, sagte er.

Emimi erinnerte daran, dass durch die Kriege im ehemaligen Jugoslawien sehr viele Roma vertrieben, verfolgt und ermordet worden seien. 1999 habe sich Deutschland mit der Nato an der Bombardierung in Ex-Jugoslawien beteiligt. 50.000 Roma seien als Folge des Kriegszeit nach Westeuropa gekommen. Ein Problem sei, dass die Bevölkerungsgruppe keine Repräsentanten in der Politik habe – weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene. Emimi forderte „ein Bleiberecht für viele Jahre geduldete Roma“.